

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Omid Nouripour, Anja Hajduk, Cem Özdemir und Dr. Valerie Wilms (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungs- und Beratungsmission EUTM Somalia (Tagesordnungspunkt 6)

Nach über 20 Jahren Bürgerkrieg ist die Lage in Somalia bedrückend. Mehr als drei Millionen Menschen sind auf der Flucht, Gewaltausbrüchen, Terrorattacken und Hungersnöten sind unzählige Unschuldige zum Opfer gefallen. Einige Teile des Südens sind nach wie vor umkämpft. Die islamistische Al-Schabab-Miliz konnte zwar in der Fläche weitestgehend zurückgedrängt werden, sie verübt aber nach wie vor Terroranschläge, vor allem in Mogadischu. Der Aufbau von Staatlichkeit wird durch immer neue Auseinandersetzungen mit der Terrormiliz sowie durch aufflammende Konflikte zwischen konkurrierenden Clans erschwert.

Aber es gibt auch Hoffnung: Der Norden des Landes ist relativ stabil, die Regionen Somaliland und Puntland verwalten sich faktisch autonom. Auch im Süden gibt es seit 2012 nach Jahren ohne zentralstaatliche Strukturen eine zumindest in Teilen anerkannte Übergangsregierung. Diese steht vor Herkules-Aufgaben: Sie muss trotz Nahrungsmittelknappheit die Versorgung der somalischen Binnenflüchtlinge ebenso gewährleisten wie die der Bevölkerung. Es gilt eine funktionierende Sicherheitsarchitektur aufzubauen, Föderalisierung voranzutreiben und das politische System und das Justizwesen von Grund auf neu zu gestalten.

Somalia bleibt auf vielfältige Weise auf internationale Unterstützung angewiesen: auf humanitäre Hilfe, wirtschaftlichen Wiederaufbau, Unterstützung von Verhandlungs- und Versöhnungsprozessen oder Hilfe bei der Rückführung von Flüchtlingen. Vieles davon wurde in den letzten Jahren in Somalia angestoßen. Die Peacekeeping Mission der Afrikanischen Union, AMISOM, unterstützt Somalia seit 2006. Die Europäische Union hat 2011 einen strategischen Rahmen für das Horn von Afrika entwickelt, der das politische Engagement der EU ausbuchstabiert. Im Rahmen einer New-Deal-Konferenz wurde 2013 ein Plan für den Wiederaufbau Somalias entwickelt. Für 2016 sind Wahlen und ein Verfassungsreferendum geplant, auch hierfür hat die internationale Gemeinschaft ihre Unterstützung zugesagt.

Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass es zwar langsam, aber dennoch stetig bergauf geht. Der Aufbau nationaler Streitkräfte ist ein zentraler Baustein dieses Statebuilding-Prozesses. Der Aufbau einer somalischen Armee kann dabei nicht nur die Sicherheitssituation verbessern. Er kann auch dabei helfen, mitten in einer entlang von Clanzugehörigkeiten organisierten Gesellschaft eine nationale Identität aufzubauen. Dies ist aber nur möglich, wenn alle Parteien in den Prozess eingebunden werden. Stabilisierung und Staatsaufbau können nur gelingen, wenn die Ausübung des Gewaltmonopols an rechtsstaatliche Prinzipien, an Gewaltenteilung und an die Einhaltung von Menschenrechten gebunden ist. Das ist das Ziel der europäischen Ausbildungsmission. Sie soll helfen, tragfähige Strukturen aufzubauen und so kriminellen und terroristischen Strukturen sowie der Piraterie den Boden zu entziehen.

In einem Umfeld, das so schwierig ist wie das in Somalia, ist Militärausbildung immer eine große Herausforderung. Wir danken allen, die sich dennoch engagiert daran beteiligen – im Rahmen der Europäischen und Afrikanischen Union sowie der Vereinten Nationen. Allerdings kann die hier zur Abstimmung stehende Mission in ihrer derzeitigen Ausgestaltung dem eigenen Anspruch nicht gerecht werden. Deswegen können wir dem vorliegenden Mandat nicht zustimmen.

EUTM Somalia ist auf Mogadischu begrenzt. Die auszubildenden Rekrutinnen und Rekruten werden durch die somalische Regierung identifiziert. Dabei hat sich in den letzten Jahren abgezeichnet, dass vorrangig Angehörige des der Regierung nahestehenden Clans ausgebildet wurden. In einem ohnehin zersplitterten Land kann dies Konflikte weiter anheizen. Im Moment ist nicht sichergestellt, dass die ausgebildeten Soldatinnen und Soldaten regelmäßig bezahlt werden. In der Konsequenz gibt es zahlreiche Berichte über Desertationen, Straßensperren und Schutzgelderpressungen durch ehemalige Rekrutinnen und Rekruten. An der Ausbildung sind zahlreiche Akteure beteiligt: AMISOM, private Firmen wie Bancroft Global, das im Auftrag der USA ausbildet, und die Trainingsmission der EU. Die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren und mit der somalischen Regierung ist stark verbesserungswürdig. Unterschiedliche Standards, vereinzelte Überschneidungen zwischen den Aufträgen, unklare Hierarchiestrukturen und eine diffuse Befehlskette auf somalischer Seite hemmen den Erfolg. Eine Evaluation der bisherigen Aktivitäten, die unter derartigen Umständen unbedingt notwendige Verbesserungshinweise geben könnte, wurde bisher nicht vorgelegt. Zudem unterminieren völkerrechtswidrige Aktivitäten wie Drohnenangriffe durch die USA eben jenen Staatsaufbau, den sich die internationale Gemeinschaft zum Ziel gesetzt hat.

Aber es gibt auch Lichtblicke seit der letzten Abstimmung. Die internationale Gemeinschaft hat die Schwachstellen der bisherigen Ausbildung erkannt, und es gibt deutliche Ansätze, ihnen zu begegnen. Der Kommandeur der EU-Mission soll Mogadischu verlassen können, um weitere Clans an der Ausbildungsmission zu beteiligen. Die Beratungstätigkeit der Mission soll ausgeweitet werden. Der Aufbau einer Personalverwaltung soll unterstützt werden, um verlässliche Finanzstrukturen und Befehlsstrukturen zu etablieren. Weiter ist der Aufbau eines Systems zur Verbleibskontrolle von Waffen und Munition geplant. Schließlich sollen Menschen- und Völkerrechtsfragen in der zukünftigen Ausbildung stärker berücksichtigt werden. So sieht es der neue GSVP-Rahmen vor, der im März 2015 verabschiedet wurde. Auf einer gemeinsam von der somalischen und britischen Regierung ausgerichteten Konferenz wurde im September 2014 ein Konzept für den weiteren Aufbau der somalischen Streitkräfte bis 2019 vorgelegt. An dessen Umsetzung will sich die EUTM beteiligen.

Diese Lichtblicke dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch vieles zu tun bleibt, vor allem im zivilen Bereich. Sicherheitssektorreform allein befriedet keinen gesellschaftlichen Konflikt. Unterschiedliche Ausbildungsangebote müssen in Einklang miteinander gebracht werden, für sie braucht es verbindliche menschen- und völkerrechtliche Standards, und sie müssen in ein Gesamtkonzept für den Wiederaufbau Somalias eingebettet werden. Die diplomatischen und entwicklungspolitischen Aktivitäten hinken den militärischen sträflich hinterher. Bisher wird das deutsche Engagement in Somalia von einer Fachkraft in der Botschaft in Nairobi koordiniert, die dafür eine 50-Prozent-Stelle zur Verfügung hat. Das ist symptomatisch für den mangelnden politischen Einsatz der Bundesregierung. Die EU und auch Deutschland agieren viel zu zaghaft, wenn es um die Implementierung des „New Deal“ geht, der den Rahmen für den Wiederaufbau Somalias insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und sozioökonomische Entwicklung vorgibt. Sie unterstützen die somalische Regierung viel zu wenig beim Aufbau regionaler Strukturen, bei der Etablierung von Versöhnungsprozessen und der Finanzierung der humanitären Hilfe.

Die Unterstützung der somalischen Regierung bei der Aufstellung und Ausbildung einer nationalen Armee ist wichtig und richtig. Das vorliegende Konzept aber ist schwach und viel zu wenig mit den anderen Akteuren und Aktivitäten in Somalia koordiniert. Allerdings gab es im letzten Jahr sichtbare Bemühungen, die bisherige Ausbildungsunterstützung zu verbessern, den lokalen Herausforderungen anzupassen und auf internationaler Ebene zu koordinieren. Deswegen halten wir eine Enthaltung zum vorliegenden Mandat für gerechtfertigt. Trotzdem bleibt: Die Mission darf nicht als Feigenblatt für unser ansonsten nur schwaches Engagement in Somalia dienen.